

Forderungen der Katholischen Erwachsenenbildung zur Bundestagswahl 2025



Gemeinwohlorientierte Weiterbildung stärken

Gleichwertige Anerkennung der Weiterbildung: Die Weiterbildung muss gleichberechtigt mit Schule, Ausbildung und Hochschule gefördert werden. Förderprogramme wie den Digitalpakt Schule müssen auch für Weiterbildungsträger zur Verfügung stehen.

Ausreichende Finanzierung: Die Träger der gemeinwohlorientierten Weiterbildung benötigen eine verlässliche finanzielle Grundlage, um ihre Angebote aufrechtzuerhalten.

Rechtssicherheit schaffen: Klare rechtliche Rahmenbedingungen, z. B. für die Umsatzsteuerbefreiung und den Status freiberuflicher Lehrkräfte, sind essenziell, um die Vielfalt der Weiterbildungslandschaft zu sichern.



Freiberufliche Lehrtätigkeit sichern

Auch **nach dem Herrenberg-Urteil muss es für Weiterbildungseinrichtungen möglich sein, freiberufliche Lehrkräfte zu beauftragen.**

Der Bundesgesetzgeber muss dafür eine eindeutige gesetzliche Grundlage schaffen.

Für Lehrkräfte mit einer sozialversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung oder beamtenrechtlicher Versorgung muss eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, die eine Tätigkeit auf Honorarbasis ermöglicht.



Bürokratiearmer Erhalt der Umsatzsteuerbefreiung

Die **Umsatzsteuerbefreiung gemeinwohlorientierter Bildungsangebote (§ 4 Nr. 22a UStG) muss erhalten bleiben.** Dokumentationspflichten, die aus untergesetzlichen Regelungen und Ministeriumserlassen resultieren, müssen bürokratiearm und widerspruchsfrei zu den Weiterbildungsgesetzen der Länder ausgestaltet sein.

Eine **zusätzlich festgeschriebene Definition für Freizeitveranstaltungen** ist aufgrund der bereits bestehenden pädagogischen Konzepte für alle Veranstaltungen der Katholischen Erwachsenenbildung nicht notwendig.



Demokratiebildung und Grundbildung stärken

Demokratiebildung: Angesichts antidemokratischer Tendenzen in Deutschland und Europa ist die politische Bildung unerlässlich, um gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Werte zu stärken.

Grundbildung: Alphabetisierung und Grundbildung müssen, über das Ende der Alphadekade 2026 hinaus, als unverzichtbarer Teil unseres Bildungssystems anerkannt und ausreichend finanziert werden.